

jedoch eine weitere Ausdehnung (das Budget der DFG hat sich in den letzten 13 Jahren nominal verelfacht) der Forschungsfinanzierung durch sie ab. An der Universität sollen Forschungskommissionen eingerichtet werden, die Planung und Koordination für die Hochschule übernehmen und Beträge bis zu 25 000 DM bewilligen können. Die einzelnen privaten Stiftungen könnten dort einspringen, wo ein Risiko vorhanden ist und der Staat nur ungenügend fördert.

Das alles sind sicher keine umwälzenden neuen Ideen. Die Gutachter vom Wissenschaftsrat nehmen das Alte und machen Vorschläge, wie es zu verbessern ist. Da ein Reformvorschlag und da einer. Ernsthaft in Frage zu stellen sind jedoch die Realisierungsmöglichkeiten des vorgeschlagenen Forschungsverbundes. Zusammenarbeit – ja, niemand wird sich ausdrücklich dagegen aussprechen. Aber wo kein gemeinsames Interesse von Forschungsinstitutionen vorhanden ist, wo nicht auf erklärte Bereitschaft rivalisierender Einrichtungen gerechnet werden darf, wird Kooperation letztlich scheitern. Dort, wo ein gemeinsames Interesse an Zusammenarbeit vorhanden ist, wird der Forschungsverbund sicher aufblühen, auch ohne Kooperationsempfehlungen.

Die Zukunft wird zeigen, inwieweit die Forschungsempfehlungen in diesem Punkte realisierbar sind. Bleibt festzuhalten, daß die im April vorgelegten Empfehlungen zwar die ersten waren, die sich mit Forschung allgemein befaßten, jedoch vermutlich nicht die letzten sein werden. Denn der Wissenschaftsrat – im Gegensatz zu seinem Stiefbruder Bildungsrat sich selbst des Wohlwollens von Baden-Württembergs Kultusminister Hahn gewiß – wird in der Forschung weiterforschen.

Anschrift des Verfassers:  
Wolfgang Grün  
Postfach 14 30, 5000 Köln 40

## Kostenexplosion – auch ein Politikerproblem

Wilhelm Lösche

Die Kostenexplosion ist kein unvorhersehbarer Schicksalsschlag aus heiterem Himmel, sondern – etwas zugespitzt formuliert, das sei zugegeben – kalkulierter Vorsatz. Dazu zunächst ein Beispiel: Von zwei Kliniken, die im Abstand von nur zehn Kilometern angesiedelt sind, die also kaum eine regional bedingte Differenz in der Höhe der Personal- und der übrigen Kosten aufweisen dürften, fordert die eine pro Tag 68 DM, die andere 128 DM. Die „billige“ Klinik ist ein Altbau, die teure ein „geförderter“ Neubau (ohne Förderung würde der Tagessatz noch erheblich höher liegen). Die Folge des hohen Tagessatzes der „geförderten“ Klinik: die Krankenversicherung muß mehr bezahlen: ein Stück Kostenexplosion.

Untragbar und gefährlich scheint es nun, wenn in diesem Zusammenhang Augenwischerei betrieben wird, die so aussieht, daß in voller Kenntnis der entstehenden Folgekosten Altbauten niedergewissen und durch neue Krankenhäuser mit weit höheren Tagessätzen ersetzt wurden, danach aber von Kostenexplosion gesprochen wird, als sei diese nicht ganz klar vorhersehbar gewesen. Statt dessen tut man so, als werde sie von den Krankenhäusern durch nahezu unrechtes Verhalten verursacht.

Doch nicht die Opfer dürfen verantwortlich gemacht werden! Die Verursacher, die Politiker und Planer neuer, moderner Kliniken, müßten sich persönlich rechtfertigen – und zwar nicht nur ihre Pläne, sondern auch die dadurch entstehenden Kosten und bleibenden Umlagen für alle Beitrags- und Steuerzahler.

### Der „Umkehrtrick“

Politiker lassen also neue, teure Kliniken bauen und stellen dann nach der Fertigstellung scheinbar überrascht fest, daß dadurch letztlich eine Steigerung der Beiträge zur Krankenversicherung mit einhergeht. Die Öffentlichkeit – kräftig unterstützt von Politikern – sucht einen Sündenbock und findet ihn: die Ärzte. Ratgeber und Helfer bei der Anwendung dieses Umkehrtricks ist dabei vorsätzlich geschürter haltloser Neid, denn es gibt nicht den Vorwurf, daß die Ärzte zuwenig arbeiten. Es gibt nur den Vorwurf, daß sie zuviel verdienen. Und dieser Vorwurf ist unberechtigt und nur deshalb in der Öffentlichkeit zu halten, weil die wirklichen Großverdiener ihr weit höheres Einkommen besser verschleiern und weil andererseits mit Recht davon ausgegangen werden kann, daß Lohn- und Gehaltsempfänger, also die Mehrheit der Wähler, überhaupt nicht erkennen können, was von freiberuflichen Einnahmen letztlich bleibt.

Sie können natürlich nicht begreifen, wie grundverschieden das Einkommen sein muß, wenn der eigene Arbeitsplatz selbst finanziert und selbst unterhalten werden muß. Wieviel mehr müßte aber ein Industriearbeiter, ein Lehrer oder der Chefredakteur des „Spiegel“ verdienen, wenn sie den gesamten Aufwand für ihren Arbeitsplatz selbst tragen müßten. Auf diese natürliche Informationslücke setzt vorsätzlich die Hetze gegen die Ärzte wie gegen unser Gesundheitswesen. So wird der Eindruck erweckt, als dürfe, ja müsse Politik mit der Dummheit der Wähler gemacht werden. ▷

Dabei ist es völlig ausgeschlossen, daß dem Patienten besser gedient wäre, wenn der freipraktizierende Arzt nicht länger mehr von seiner tagtäglichen persönlichen Dienstleistung existentiell abhängen würde, sondern Gehaltsforderungen stellen dürfte, die vom Arbeitsumfang weitgehend unabhängig und zeitlich scharf begrenzt sind. Wenn unsere Opfer wirklich nicht mehr gewollt werden, dann sollten wir Ärzte nicht länger darauf bestehen, denn jedes Opfer kostet persönliches Eigenleben. Und auch wir leben nur ein einziges Mal.

### Den Bürger über Folgekosten aufklären

Noch ein anderer Aspekt muß hier berücksichtigt werden. Der Bau neuer Kliniken findet meist die Zustimmung der Bürger — sonst wären die Politiker sicherlich nicht so bereitwillig gewesen. Die oben erwähnte Neubauklinik gilt bei den Patienten als höchst attraktiv. Sogar die ärztlichen Leistungen gelten als besser, obwohl dieses Gefälle gewiß nicht vorhanden ist. Das Vorziehen einer neuen Klinik ist verständlich. Es kann keinen Bürger geben, der im Krankheitsfall nicht lieber in einem neuzeitlichen Ein- oder Zweibettzimmer liegen möchte als in einem Althausaal. Es kann keinen Arzt geben, der lieber im Altbau arbeitet. Es gibt ebenso keinen Menschen, der lieber im Kleinwagen als in einer Luxuskarosse fahren möchte. Die Frage ist einzig die, ob solche Wunschträume sich schlagartig für alle realisieren lassen und vor allem, ob es zu rechtfertigen ist, daß gleiche Beitragszahler im Krankheitsfall völlig ungleich untergebracht werden.

Zu fragen ist auch, ob die einseitige Verbesserung des Hotelservice im Krankenhaus überhaupt zu rechtfertigen war, solange zum Beispiel nicht einmal ausreichend viel künstliche Nieren zur Verfügung stehen oder psychisch Kranke ohne angemessene Hilfe sind. Solche Prioritäten waren doch sachfremd.

Die allermeisten Bürger fahren Kleinwagen oder sehen fern in Schwarz-Weiß, obwohl es Luxuskarossen und Farbfernsehen gibt. Mithin gibt es wirtschaftliche Vernunft, die noch tief verwurzelt in unserer Volke ist. Es würde daher die Pflicht der Politiker sein müssen, jeden Bürger über die Folgekosten aufzuklären, wenn sie ermittelt worden und *ehe* sie tatsächlich zu seinen Lasten verursacht worden sind. Dann würden sich sicher Kostenentwicklungen weit besser dem tatsächlichen Bedarf und den vorhandenen Möglichkeiten anpassen können und weniger falsche und gefährliche Perspektiven schaffen lassen.

Die Grundfrage ist doch wohl, ob ohne Nennung von Kosten und Folgekosten im politischen Kampf immer neue Schlösser in die Wolken gemalt werden dürfen, nur damit die Parteipolitiker sich durch übertriebene Versprechungen gegenseitig Wähler abspenstig machen können. Muß statt dessen hier wie überall dem Bürger nicht ganz nüchtern klipp und klar gesagt werden, was ihn das Wolkenschloß persönlich kosten wird? Jeder muß dann selbst entscheiden, was noch vertretbar erscheint und erstrebenswert ist.

Vom Bürger eine Wahl zu erwarten, ohne daß die Kosten und die Folgebelastungen richtig beziffert werden, damit wirklich sachlich und nicht ausschließlich emotional geurteilt werden kann, mißachtet das mündige Volk als den verfassungsmäßigen Souverän und tötet jedes Verantwortungsgefühl. Ein solides Haushalten wird so unmöglich. Diese Einsicht darf gerade jetzt in der Krise nicht verhindert werden, denn ohne sie kann es kein fundiertes Vertrauen in die Zukunft geben.

Anschrift des Verfassers:  
Dr. med. Wilhelm Lösche  
Robert-Koch-Straße 5  
4200 Oberhausen-Sterkrade

### ZWEIERLEI SICHT

Wer den Kommentar „Der lange Marsch durch die Institutionen“ in Heft 3 vom 15. Januar 1976, Seite 102, gelesen hat, interessiert sich gewiß für die nachstehend ungekürzt wiedergegebene Zusage eines Betroffenen. Danach nimmt, zum Abschluß des „Lehr- und Lernstücks“, die Redaktion Stellung.

### Leserbrief

Ihr Artikel „Der lange Marsch durch die Institutionen“ erschien geraume Zeit, nachdem ich die Behauptung von Professor Sewering in seinem Telegramm an den Bundeskanzler öffentlich, in der FAZ, zurückgewiesen hatte. Sie erwähnen diese Tatsache mit keiner Silbe. Journalistische Sorgfaltspflicht erfüllt? Sie verschweigen, daß die Entscheidung des Bundespersonalausschusses, die Besoldung des Präsidentenpostens der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zurückzustufen, mit Aktivitäten der Bundesärztekammer gegen meine Ernennung zusammenhängt. Die Bundesärztekammer ist Herausgeber Ihres Blattes. Keine Frage mehr.

Zur Klarstellung: Ich habe nie mit Kommunisten zusammengearbeitet und habe auch nicht die Absicht, dies in Zukunft zu tun. Ich bin auch nicht der „Anführer einer extrem linksoppositionellen Splittergruppe von Ärzten, Studenten und anderen“. Falls der ehemals „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ärzte“ genannte Zusammenschluß gemeint sein sollte — zu dieser Gruppe gehören nachweislich keine Nichtärzte. Bei der Arbeitsgemeinschaft handelt es sich nicht um eine „Splittergruppe“, sondern um mindestens 5000 Ärzte. Und die sind keineswegs „extrem linksoppositionell“. Sie streben nicht mehr, aber auch nicht weniger, als eine Reform des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik an, entsprechend den Vorstellungen von Gewerkschaften, Krankenkassen und demokratischen Parteien. Von Kommunisten jedenfalls hat sich diese Arbeitsgemeinschaft wiederholt ausdrücklich distanziert. ▷